Ressort: Finanzen

Baugewerbe gegen dauerhafte Beibehaltung der Sommerzeit

Berlin, 30.03.2019, 05:00 Uhr

GDN - Unmittelbar vor der Zeitumstellung an diesem Wochenende warnt der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) vor den Folgen einer dauerhaften Einführung der Sommerzeit ab 2021. "Eine Abschaffung der Zeitumstellung und die dauerhafte Beibehaltung der Sommerzeit hätte für die Bauwirtschaft gravierende Folgen", sagte ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Samstagausgaben). "Je nach Wohnort würde es in den Wintermonaten erst zwischen neun und zehn Uhr hell, Baustellen müssten dann flächendeckend beleuchtet werden, und das über Wochen und Monate hinweg."

Dies sei mit erheblichen Kosten verbunden, für die die Branche am Ende wieder kritisiert würde. "Zudem erhöht ein längeres Arbeiten bei Dunkelheit die Gefahr von Arbeitsunfällen." Der Verband kritisiert den Beschluss des Europa-Parlaments, die Zeitumstellung 2021 abzuschaffen und die künftige Zeit auf nationaler Ebene zu regeln, scharf. "Wir wollen kein Zeiten-Chaos in Europa", sagte Pakleppa. Die Landwirte sehen die Debatte dagegen entspannt. "Bauern sind bisher mit der Zeitumstellung gut zu Recht gekommen, sie sind grundsätzlich flexibel", sagte Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, dem RND. "Aber für die Tiere ist es ohne eine Zeitumstellung sicher etwas leichter, weil sie an feste Fütterungs- oder Melkzeiten gewöhnt sind." Das Bundeswirtschaftsministerium bestätigte auf RND-Nachfrage, dass Stellungnahmen verschiedener Branchen vorlägen, die "ein sehr heterogenes Bild zeichnen", so eine Sprecherin. Minister Peter Altmaier (CDU), der das Ende der Zeitumstellung für die Bundesregierung managen soll, hat sich für die Abschaffung der Zeitumstellung, Beibehaltung der Sommerzeit sowie eine koordinierte EU-Regelung hierzu ausgesprochen. Im Moment würden regierungsintern die Folgen des EU-Beschlusses mit Blick auf jeweilige Zuständigkeitsbereiche abgeschätzt. "Der Austausch und die Meinungsbildung sind noch nicht abgeschlossen", so die Sprecherin Altmaiers. "Dabei sind die Vermeidung von Zeitinseln und Friktionen im Binnenmarkt für die Bundesregierung von zentraler Bedeutung." Eine endgültige Festlegung der Bundesregierung auf Mitteleuropäische Zeit oder Osteuropäische Zeit (Sommerzeit) soll den Angaben zufolge im Zuge der weiteren Beratungen und Abstimmungen mit den EU-Nachbarn sowie der Folgenabschätzungen erfolgen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-122450/baugewerbe-gegen-dauerhafte-beibehaltung-der-sommerzeit.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619